

**„Sofortprogramm Kohle 2018“**

**zur Erreichung des**

**deutschen Klimaziels**



Das Klimaschutzziel Deutschlands – eine Treibhausgas­minderung um 40 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990) – wurde 2007 von der damaligen Großen Koalition festgelegt. Seitdem waren CDU/CSU fortlaufend und die SPD während sechs der zehn Jahre in Regierungsverantwortung, Kanzlerin war während der gesamten Zeit Angela Merkel. Ihr mangelndes Handeln für den Klimaschutz ist dafür verantwortlich, dass Deutschland das 2020-Ziel sehr deutlich zu verfehlen droht. Nach Zahlen des Umweltbundesamtes sind die Treibhausgasemissionen bisher (Stand 2016) lediglich um 27,3 Prozent gesunken. Das 2020-Ziel kann jedoch immer noch erreicht werden, wenn es vor 2020 zu Abschaltungen von Kohlekraftwerken kommt, das zeigt eine Greenpeace-Studie.<sup>1</sup> Ob das Ziel erreicht werden kann, steht und fällt mit dem Ausstieg aus der Kohle, denn: Im Kohlesektor werden erhebliche Emissionen verursacht, und in anderen Bereichen können Maßnahmen bis 2020 kaum zu signifikanten CO<sub>2</sub>-Einsparungen führen.

Das am 12. Januar 2018 von CDU/CSU und SPD beschlossene Sondierungspapier sieht eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vor. Sie soll Maßnahmen erarbeiten, „um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Reduktionsziels bis 2020 so weit wie möglich zu reduzieren“. Bereits heute steht fest: Wirksame Maßnahmen könnten nach bisherigen Planungen erst nach Abschluss der Arbeit dieser Kommission im Jahr 2019 durch gesetzliche Regelungen verankert werden. Mit diesem Vorgehen können frühestens Ende 2019 bzw. 2020 erste CO<sub>2</sub>-Emissionsminderungen wirksam werden. Das bedeutet, dass bis zu zwei Jahre erneut ungenutzt verstreichen würden. Solch ein Stillstand im Klimaschutz macht es unmöglich, die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaziels 2020 „schnell zu schließen“ (wie im Sondierungspapier festgelegt) und würde auch die Erreichung des 2030-Ziels drastisch erschweren.

**Deshalb schlägt Greenpeace für den Koalitionsvertrag ein „Sofortprogramm Kohle 2018“ vor, das die Bundesregierung bis Mitte 2018 gesetzlich verankern soll. Bis Ende 2019 würden so ca. 60 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart, also etwa die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Lücke zum Klimaziel 2020!**

**1. Stilllegung der ältesten bzw. klimaschädlichsten Braunkohlekraftwerke im Umfang von fünf Gigawatt (GW), zusätzlich zu den ohnehin zur Stilllegung angemeldeten Kraftwerken.<sup>2</sup>** Dadurch könnten laut Umweltbundesamt die Treibhausgasemissionen um 16 bis 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr vermindert werden.<sup>3</sup> Rechtsgutachten haben dargelegt, dass eine Stilllegung von älteren Kohlekraftwerken grundsätzlich entschädigungsfrei möglich ist.<sup>4</sup> Sollten bei Stilllegungen in den Jahren 2018 und 2019 nach Auffassung der Bundesregierung Entschädigungen notwendig sein, muss dafür ein Entschädigungsrahmen im Koalitionsvertrag verankert werden.<sup>5</sup> Eine Stilllegung von Kohlekraftwerken im Umfang von fünf GW würde die Versorgungssicherheit in Deutschland in keiner Weise gefährden.<sup>6/7</sup> Ein Teil der Kapazität könnte im Zweifel auch in die strategische Reserve überführt werden.

**2. Begrenzung der Volllaststunden in der Stromerzeugung auf maximal 4000 Stunden im Jahr für Kohlekraftwerke mit einem Alter von über 20 Jah-**

ren. Dadurch könnten die Treibhausgasemissionen um weitere 30 bis 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr vermindert werden. Diese Maßnahme sollte ohne Entschädigungen umzusetzen sein.

- 3. Zusätzliche Ausschreibung von mindestens fünf GW Wind- und vier GW Solarstromkapazität bis 2020 – so, wie im Sondierungspapier bereits vorgesehen.** Dadurch könnten die Treibhausgasemissionen laut Sondierungspapier um weitere acht bis zehn Millionen Tonnen reduziert werden.
- 4. Ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken<sup>8</sup> und den Aufschluss neuer Tagebaue.<sup>9</sup>** Bis die Kommission einen gesetzlich verankerten Kohleausstieg beschlossen hat, sollten alle fakten-schaffenden Maßnahmen (wie Umsiedlungen oder Rodungsarbeiten) ausgesetzt werden.

Die Verabschiedung eines solchen Sofortprogramms ist ein Lackmustest dafür, ob die kommende Große Koalition die dringliche Aufgabe des Klimaschutzes ernst nimmt und willens ist, nach jahrelangem Stillstand endlich wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen. Zudem wäre sie eine zentrale vertrauensbildende Maßnahme dafür, dass Umweltverbände die Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ unterstützen könnten.

1 Eine von Greenpeace beauftragte Studie zeigt, dass Kohlekraftwerke im Umfang von ca. 17 GW stillgelegt werden können und das Klimaziel 2020 so erreicht werden kann. Die 17 GW setzen sich zusammen aus: 2,4 GW Sicherheitsbereitschaft + 4,9 GW bereits angezeigte Stilllegungen + 9,4 GW zusätzliche Stilllegungen, s. Klimaschutz durch Kohleausstieg, Energy Brainpool (2017) unter: <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170628-greenpeace-studie-klimaschutz-kohleausstieg.pdf>

2 Kurzanalyse: Kohleausstieg, Stromimporte und -exporte sowie Versorgungssicherheit, Agora Energiewende (2017) unter: [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/user\\_upload/Agora\\_Kurzanalyse-Kohleausstieg-und-Versorgungssicherheit\\_10112017.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/user_upload/Agora_Kurzanalyse-Kohleausstieg-und-Versorgungssicherheit_10112017.pdf)

3 Positionspapier: Kohleverstromung und Klimaschutz bis 2030 – Diskussionsbeitrag des Umweltbundesamts zur Erreichung der Klimaziele in Deutschland, Umweltbundesamt (11.2017) unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-11-02\\_position\\_kohleverstromung-klimaschutz\\_fin\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-11-02_position_kohleverstromung-klimaschutz_fin_0.pdf)

4 Studie: Ein Kohleausstieg nach dem Vorbild des Atomausstiegs? Eine juristische Analyse des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2016, Agora Energiewende (08.2017) unter: [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2015/Kohleausstieg/Agora\\_Rechtsgutachten-Kohleausstieg\\_WEB.PDF](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2015/Kohleausstieg/Agora_Rechtsgutachten-Kohleausstieg_WEB.PDF); Endbericht: Kraftwerks-Stilllegungen zur Emissionsreduzierung und Flexibilisierung des deutschen Kraftwerksparks: Möglichkeiten und Auswirkungen, IZES gGmbH (08.2015) unter: [http://www.izes.de/sites/default/files/publikationen/EM\\_14\\_003.pdf](http://www.izes.de/sites/default/files/publikationen/EM_14_003.pdf)

5 Die Entschädigungen könnten sich an der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Betreibern zur Sicherheitsbereitschaft orientieren, die bereits für Stilllegungen von Kraftwerken vereinbart wurde.

6 Agora 2017, s. o.

7 Kurzanalyse für Greenpeace e. V.: Bewertung zum Kohleausstiegspfad, Energy Brainpool (11.2017) unter: [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2017-11-14\\_gp\\_fachanalyse\\_bewertung-kohleausstieg\\_final.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2017-11-14_gp_fachanalyse_bewertung-kohleausstieg_final.pdf)

8 Im niedersächsischen Stade treibt der Chemiekonzern Dow den Neubau eines Kohlekraftwerkes voran: [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg\\_heide\\_unterelbe/Kohlekraftwerk-in-Stade-darf-gebaut-werden,stade718.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Kohlekraftwerk-in-Stade-darf-gebaut-werden,stade718.html)

9 Der Kohlekonzern LEAG treibt den Aufschluss des sogenannten Sonderfeld Mühlrose weiter voran und hält weiter an den Plänen für einen neuen Tagebau Welzow-Süd II fest: <https://www.leag.de/de/news/details/leag-legt-revierkonzept-fuer-die-lausitz-vor/>